

Türkischer Wahlkampf**"Wir brauchen eine Stimme der Vernunft"**

Die Absage des Auftritts des türkischen Außenministers in Hamburg hat erneut Empörung ausgelöst. Die Türkische Gemeinde in Deutschland fordert ein "konstruktives Signal".

7. März 2017, 8:12 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, stk / 157 Kommentare



Der türkische Außenminister spricht während eines Besuchs in Nikosia, Zypern. © Yiannis Kourtoglou/Reuters

Der vorerst gestoppte Wahlkampfauftritt des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu in Hamburg erzürnt türkische Politiker. Der AKP-Abgeordnete Mustafa Yeneroğlu erklärte, die Verfügung markiere einen neuen Tiefpunkt deutsch-türkischer Beziehungen. "Das Sinken nimmt kein Ende", teilte Yeneroğlu in einer Stellungnahme mit. "Kurz zuvor hat sogar das Hotel, in dem der türkische Außenminister übernachten sollte, die Reservierung unbegründet storniert und erst nach Intervention des deutschen Außenministeriums eingelenkt", schrieb er.

Eine Sprecherin des Bezirksamts Hamburg-Mitte begründete die Absage des Auftritts damit, dass die Veranstaltungshalle im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg wegen Brandschutzmängeln gesperrt worden sei. Für Mittwoch ist ein Treffen Çavuşoğlus mit Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) vorgesehen. Zunächst war nicht bekannt, ob dieses Treffen weiterhin zustande kommt. Der türkische Justizminister Bekir Bozdağ hatte in der Vorwoche ein Treffen mit seinem deutschen Kollegen Heiko Maas (SPD) nach der Absage des Wahlkampfauftritts in Gaggenau kurzfristig abgesagt.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoğlu, forderte vor dem geplanten Treffen ein "konstruktives Signal", wie er der *Rheinischen Post*

sagte. "In den Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und der Türkei brauchen wir dringend eine Stimme der Vernunft. Es bedarf eines Signals nach außen, dass Deutschland und die Türkei Partner sind."

Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund mahnte zu Besonnenheit. "Die Demokratie in Deutschland ist stark genug, dies auszuhalten", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Es sei Aufgabe der Bundesregierung, mit der Türkei eine Vereinbarung zu treffen, dass derartige Veranstaltungen auf der Basis des deutschen Rechts ohne Gewalt und Tumulte durchgeführt werden könnten. Landsberg warnte vor "Provokationen" der türkischen Regierung, etwa durch die Forderung nach Einreiseverboten für deren Mitglieder.

Özdemir will in der Türkei auftreten

Grünen-Chef Cem Özdemir hat unterdessen gefordert, im Bundestagswahlkampf in der Türkei auftreten zu dürfen. "Wenn wir solche Auftritte in Deutschland zulassen, dann sollte die türkische Regierung uns auch im Bundestagswahlkampf in der Türkei reden lassen – und dabei natürlich auch für unsere Sicherheit sorgen", sagte Özdemir der *Bild*. Die Grünen hätten "große Bauchschmerzen bei dem Gedanken, dass türkische Regierungsvertreter hier in Deutschland für das Ende der Demokratie in der Türkei werben", sagte Özdemir.

Doch die Versammlungsfreiheit in Deutschland lasse kaum Spielraum, solche Auftritte zu verhindern, sagte Özdemir. Die Bundesregierung solle allerdings deutlich machen, dass die demokratischen Spielregeln, mit denen die türkische Regierung ihre Auftritte in Deutschland zu legitimieren versucht, auch für den Wahlkampf in der Türkei gelten.

